

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-291
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Dornschütz-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-291

Die Reichsbahn vor dem Reichstag.

Kritik von allen Seiten.

Die heutige Sitzung des Reichstags wird um 12¼ Uhr vom Präsidenten Lohde eröffnet. Der Entwurf über das vorläufige Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Türkischen Republik wird in erster und zweiter Beratung ohne Aussprache angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushaltsplanes, beginnend mit dem

Haushalt des Reichsverkehrsministeriums.

Der Ausschuss empfiehlt die Annahme des Etats mit einigen geringen Veränderungen.

Der Berichterstatter Dr. Quast (Dnat.) nennt den Reichsverkehrsminister einen armen Mann, weil ihm die besten Vorschläge genommen worden seien. Der Redner berichtet dann über die Widerstände, die von den Ländern der einheitlichen Regelung der Verhältnisse bei den Wasserstraßen durch das Reich entgegengekehrt werden. Es müsse bei der Neuorganisation darauf gedrungen werden, daß die wasserbautechnischen Aufgaben besser gelöst werden. Der Minister habe bei der Besprechung der Kanalbaupläne die besondere Förderung des Mittelstandkanals zugelaßt. Die von der Regierung beabsichtigte Autosteuer werde mit Rücksicht auf die noch in der Entwicklung stehende Automobilindustrie wohl keine Gegenliebe im Reichstag finden. Der Redner berichtet

über die Differenzen zwischen Reich und Reichsbahnverwaltung. Die Eisenbahn sei auch unter den heutigen Verhältnissen Eigentum des Reiches, es habe also das Recht, volle Klarheit über Einzelheiten des Unternehmens zu verlangen. Noch heute, sechs Wochen nach Jahreschluss, habe die Reichsbahnverwaltung ihren Abschluss noch nicht fertiggestellt. Aber man könne doch schon berechnen, daß die Belastung der deutschen Wirtschaft durch Frachten und so weiter von 3 Milliarden vor dem Kriege auf 5¼ Milliarden im vorigen Jahre gestiegen ist. (Hört! hört!) Der Rohertag habe mehr als 1 Milliarde betragen. Es sei eine falsche Rechnung, daß die Reichsbahn mit ihren Neuanschaffungen trotz der Wirtschaftskrise so außerordentlich zurückhaltend sei. Wie widersinnig die Tarifpolitik der Reichsbahn sei, zeige folgendes Beispiel: Polnischer Zucker kostet von der Grenze bis Aachen 3,63 M. Fracht, dagegen deutscher Zucker von Breslau bis Aachen 5,67 M. (Lebhaftes Hört! hört!) Der Reichsverkehrsminister müsse endlich der überspannten fiskalischen Tarifpolitik der Reichsbahn ein Ende machen. Es sei an Haupt und Gliedern eine Reform bei der Reichsbahn notwendig. Landrat werde hart, rufte der Berichterstatter zum Schluß namens des ganzen Hauses dem Verkehrsminister zu.

Für die sozialdemokratische Fraktion spricht als erster Redner Schumann-Frankfurt (Soz.).

Wirrwarr in Paris.

Politische Rückwirkungen der Finanzkrise.

V. Sch. Paris, im Februar.

Wer die Flitterwochen des Vinstartells im Sommer 1924 in Paris erlebt hat, als Herriot seine Kampfregerung gebildet hatte und Genosse Leon Blum sein einflussreichster Berater war, den muß die gegenwärtige politische Lage Frankreichs mit Bitterkeit und Sorge erfüllen. Mag sein, daß jemand, der die Entwicklung dieser 1½ Jahre an Ort und Stelle fortlaufend miterlebt hat, den Unterschied nicht so stark und peinlich empfindet wie jener, der sie nur von der Ferne verfolgen konnte und plötzlich die Atmosphäre der Konfusion, Intrige und Ratlosigkeit selbst einatmet, die im Palais Bourbon gegenwärtig herrscht. Wer einen einstmaligen gefunden Menschen nach Jahren wieder erblickt, dem fallen die Krankheitsmerkmale viel deutlicher auf als denen, die ihn in der Zwischenzeit ständig umgaben. Deshalb vermag ich leider den relativen Optimismus mancher französischer Genossen nicht zu teilen, die noch immer auf eine Auferstehung des Vinstartells in seiner ursprünglichen Geschlossenheit, in seinem urwüchsigen Glanz, in seiner einstmaligen überragenden Volkstümlichkeit bei den breiten Massen hoffen. Noch ist freilich der Vinstartell nicht tot, aber er ist schwer krank; er trägt alle Merkmale des Zerfalls, der Unentschlossenheit und, was vielleicht das Schlimmste ist, der beginnenden Unpopularität.

Die Ursachen? Ah! Sie sind mannigfacher Art. Nur zum Teil sind es eigene Fehler und Schwächen der Führer des Vinstartells gewesen, die diesen Niedergang verschuldeten; zum größeren Teil waren es höhere Gewalten, waren es die Verhältnisse schlechthin, denen die Macht der Regierenden, ihr guter Wille, nicht gewachsen waren.

Gewiß, das Vinstartell hat etwas Großes vollbracht: Es hat mit der auswärtigen Politik des Nationalen Blocks gebrochen und eine neue Politik der Verständigung angebahnt. Die Völker Europas, und nicht zuletzt das französische Volk selbst, können Herriot und Briand dafür dankbar sein, daß sie mit den kurzfristigen Gewaltmethoden von Clemenceau und Poincaré Schluss gemacht haben. Insofern hat sich das Kartell der Linken ein bleibendes Verdienst an Europa erworben; denn selbst, wenn morgen der Vinstartell zerfällt und eine neue Regierungsmehrheit nur mit Hilfe von Elementen des Nationalen Blocks gebildet werden kann, so ist ein Rückfall in den Poincarismus unmöglich; die Grundlagen der neuen Politik — der Dawes-Plan, die Locarno-Verträge und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund — werden unabhängig von der jeweiligen Regierungskonstellation bestehen bleiben und eine Rückkehr zu den Gewaltmethoden aus den Jahren 1919 bis 1923 unmöglich machen. Freilich ist für die Fortsetzung und den Ausbau der Politik von Locarno das Weiterbestehen einer Vinstregierung in Frankreich ebenso wünschenswert wie die Verhinderung einer Rechtsregierung in Deutschland.

Es war nun die Tragik Herriots, daß er sich in den ersten, den wichtigsten Monaten seiner Regierungszeit auf die Probleme der auswärtigen Politik konzentrieren mußte und erst dann an die Lösung der Finanzprobleme heranging. Inzwischen verschlechterte sich die finanzielle Lage des Landes: Währungssturz, Teuerung, Mißstimmung waren die Folgen. Im Jahre 1924 hätte sich die Mißstimmung noch gegen die wahren Verantwortlichen gerichtet, gegen den Nationalen Block und seine auf allen Gebieten verhängnisvolle Politik. Aber die Völker sind bekanntlich vergehlich (nicht nur in Frankreich). Jetzt, im Jahre 1926, neigt man leicht dazu, den neuen Kurs für die Verschlimmerung der finanziellen Lage des Landes verantwortlich zu machen. Die kapitalistischen Kräfte unter Führung der Hochfinanz und der Schwerindustrie haben sich wieder gefammet; ihre Presse stellt in demagogischer Weise die Wahlversprechungen des Vinstartells der tatsächlichen Entwicklung gegenüber. Gleichzeitig organisiert sich der Widerstand dieser kapitalistischen Kräfte gegen die demokratischen Lösungen des Finanzproblems. Und da gleichzeitig das Vinstartell politisch abbröckelt — erst war es die Gruppe Loucheur, sodann der rechte Flügel der Radikalen mit Caillaux, neuerdings sind es Briand und seine Freunde, die in einem zunehmenden Gegensatz zu den Sozialisten geraten — so wird ein einheitliches, zähes Vorgehen der Vinstparteien immer schwieriger, besonders in den Steuerfragen.

Ob man diese Entwicklung hätte verhindern können? Vielleicht. Nachträgliches Kritisieren ist leicht. Aber es zeigt sich immer deutlicher, daß die Ablehnung der Sozialisten, sich an der Regierung Herriot sofort nach den Wahlen zu beteiligen, der Grundfehler war. Damals stand die übergroße Mehrheit der Wähler hinter dem Kartell. Eine ungeheure Welle der Begeisterung ging über das Land. Man erwartete im Volke eine Kampfregerung des Kartells. Damals hätten weder der Senat noch das Bankkapital gewagt, jenen Widerstand zu leisten, den sie heute jeder entschiedenen Vinstpolitik entgegenstellen. Man hat aber den günstigen Augenblick verpaßt. Im rechten Flügel des Kartells mehrten sich mit der Zeit die murrenden Stimmen, die es für einen unerträglichen Zustand erklärten, daß die Regierung unter der Kontrolle der Sozialisten stehe, ohne daß sich diese an der Regierungsverantwortung zu beteiligen brauchten.

Seither sind die Voraussetzungen und die Aussichten für eine Koalitionspolitik immer ungünstiger geworden. Erschien noch vor fünf Wochen die Beteiligung an der Regierung vielen Sozialisten als möglich, so hat sich inzwischen die

Ratsfik nur für Deutschland!

Keine Einstimmigkeit für andere!

Die internationale Pressedebatte über die Frage der Ratsfuge, über die Störung oder Aufrechterhaltung des Machtgleichs im Völkerbunde geht mit unverminderter Heftigkeit weiter. Aber die aus Deutschland und England einheitlich herüberredende Opposition gegen eine Vergrößerung des Rates über den einen ständigen Sitz Deutschlands hinaus hat dort nun dazu geführt, die Stellung der Regierungen deutlicher zu machen. Chamberlain hat es im Unterhaus zwar vermieden, klar sich auszudrücken. Aber er hat dem Oppositionsführer MacDonald zugesagt, daß er nach einigen Wochen, aber vor der auf den 8. März festgesetzten Bundestagung den Entschluß der englischen Regierung bekanntgeben, es also nicht Genfer Kulissenverhandlungen überlassen werde, wie der Rat nach der Ausnahme Deutschlands zusammengesetzt sein soll. Die Haltung der englischen öffentlichen Meinung hat ihren Eindruck in Frankreich nicht verfehlt. Am Quai d'Orsay wurde gestern erklärt, „Frankreich werde Polen nicht im Stich lassen, wenn ein anderer Staat seine Ratsmitgliedschaft beantrage“. Das heißt, die französische Regierung wird im Rat nicht den Antrag stellen, Polen einen ständigen Sitz einzuräumen. Da die Tschechoslowakei oder andere der kleineren Ratsmächte ihre Selbstverleugnung nicht so weit treiben werden, einem anderen eine bessere Position im Rate zu verschaffen, als sie selbst innehaben, so wird es Polen vermutlich überlassen bleiben, sich durch eine kluge Friedenspolitik eine solche Stellung im Völkerbunde zu schaffen, daß es eines Tages in den Rat hineingewählt wird. Zugleich hat der spanische Vertreter in Genf Journalisten gegenüber erklärt, daß Spanien nicht daran denke, seine Stimmabgabe für Deutschland davon abhängig zu machen, daß es selbst einen ständigen Ratsitz erhalte. Da auch aus Frankreich keine Meldungen gekommen sind, die die Deutschland gegebene Zusage an Bedingungen knüpfen wollen, so ist mit einiger Wahrscheinlichkeit darauf zu rechnen, daß die Aufnahme Deutschlands in den Bund der Eintritt in den Rat programmgemäß unmittelbar folgen wird. Jedenfalls ist allen Versuchen, etwa aus der Mitte der Vollversammlung eine Aenderung der Ratszusammensetzung herbeizuführen, dadurch ein Riegel vorgeschoben, daß einzig auf Vorschlag des Rates eine Aenderung seiner Zusammensetzung möglich ist. Dieser Vorschlag muß einstimmig erfolgen. Eine solche Einstimmigkeit ist bislang nur Deutschland gegenüber durch diplomatische Zusagen gewährleistet. Die Zahl aber der mittelgroßen Staaten, die einen ständigen Sitz mit Recht beanspruchen, wenn nur einer von ihnen ihn erhält, ist so groß, daß in der Zahl der möglichen Wettbewerber die beste Gewähr dafür gegeben ist, daß keiner zum Ziel kommt. So ist eine gewisse Sicherheit dafür vorhanden, daß der Rat, allein durch Deutschland vergrößert, durch seine Zusammensetzung allmählich zu einem Organ internationalen Ausgleichs wird.

Die Luftfahrtverhandlungen.

Noch keine Einigung.

Zu unserer Pariser Meldung über die nahe bevorstehende Einigung in der Luftfahrfrage erklärt das deutsche Reichsverkehrsministerium, dem die Luftfahrt untersteht, daß diese Meldung den Tatsachen wohl voraussehen dürfte. Bei der Range und Komplexität der zu lösenden Fragen sei nicht anzunehmen, daß die Einigung schon so weit gediehen sei, und daß bereits an der Formulierung des Abkommens gearbeitet werde. Wichtig sei es, daß die Vereinbarungen über den deutsch-französischen Luftverkehr davon abhängen, daß und wann die Vorkonferenz die Bedingungen für den Bau deutscher Luftfahrzeuge mildert oder aufhebt.

Vor einer Kabinettskrise?

Um die Massenbelastung in Frankreich.

Paris, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die am Freitag in den Reihen des Kartells eingetretene Spaltung läßt die parlamentarische Situation in Frankreich stark unbestimmt erscheinen. Durch die Zurückstellung der auf die Reform des Erbrechts zugunsten des Staates bezüglichen Artikel und durch die zahlreichen Abänderungen der von der Kommissionsvorlage gemachten Vorschläge zur stärkeren Erfassung der Einkommensteuer ist ein großer Teil der von der Kommissionsvorlage ursprünglich erwarteten Mehreinnahmen hinfällig geworden. Andererseits hat Briand, auf den vom Senat ein starker Druck ausgeübt wird, sich verpflichtet, die zum Ausgleich des Budgets erforderlichen Mehreinnahmen spätestens bis zum Montag in der Kammer zur Verabschiedung zu bringen. Die Regierung wird also heute versuchen, nicht nur die von der Kommission vorgeschlagenen indirekten Steuern, sondern auch die Doumerche Zahlungsaufgabe durchzusetzen. Gegen diesen Versuch, die ganzen Lasten der Finanzreform einseitig auf die Schultern der Verbraucher zu verlagern, wird mit den Sozialisten und Kommunisten auch ein beträchtlicher Teil der Radikalsocialen und Republikanischen Sozialisten stimmen. Die für die Existenz des Kabinetts Briands entscheidende Frage ist nun die, wie weit die Mittel- und Rechtsparteien bereit sind, die Lücken zu füllen, um der von ihnen bisher bekämpften Regierung eine Mehrheit zu sichern. Die Meinung dazu dürfte kaum allzu groß sein, so daß die seit 24 Stunden auftretenden Gerüchte von der Möglichkeit einer Kabinettskrise vielleicht schon heute oder morgen greifbare Gestalt annehmen können.

Der Budapest Standal.

Die Angeklagten streifen. Der Untersuchungsausschuss machtlos.

Budapest, 13. Februar. (WTB.) Die drei vor den parlamentarischen Untersuchungsausschuss vorgeladenen Beschuldigten in der Fällungsangelegenheit, Radossy, Kurz und Gerö, sind im Laufe des gestrigen Tages vor dem Ausschuss nicht erschienen. Die Blätter knüpfen hieran die verschiedensten Bemerkungen und wollen erfahren haben, daß die Genannten ihr Erscheinen vor dem Ausschuss verweigert hätten. „Pester Lloyd“ meint, daß, mofern dies in der Tat der Fall sei, die oppositionellen Mitglieder des Ausschusses sich keineswegs bereit finden würden, auf ihre Vernehmung zu verzichten. „Pesti Hírlap“ verweist darauf, daß im Sinne der Strafprozedur die Angeklagten wohl vor dem Gericht zu erscheinen haben, daß aber die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage sei, sie zum Erscheinen vor einem politischen Forum zu zwingen.

Standesfragen in der Republik.

Ärztliche Ehrengerichte.

Der Rechtsausschuss des Preussischen Landtags beriet am Mittwoch, Donnerstag und Freitag den Entwurf eines Gesetzes über die ärztlichen Ehrengerichte. Der Entwurf weicht von dem seit 1909 in Geltung befindlichen Gesetz nur in unwesentlichen Kleinigkeiten ab.

Die Sozialdemokratie lehnte den Entwurf als solchen ab, weil er ein mit dem demokratischen Staatsgedanken nicht zu vereinbarendes Kastenprivileg schafft. Die Redner unserer Partei, Genossen Kuhnert, Genossen Leiner und Kutner, wiesen an Hand der bisherigen Rechtsprechung des ärztlichen Ehrengerichtshofs nach, daß die ärztlichen Ehrengerichte vorwiegend ein Mittel des Konkurrenzneids und des Kampfes gegen politisch oder gesellschaftlich mißliebige Ärzte sind. Im Kampf des Leipziger Vereinigen gegen die Krankenkassen haben sie in der Richtung eines unmoralischen Koalitionszwanges gewirkt, wofür die unglücklichen Urteile gegen kastentreue Ärzte zeugen.

Die bürgerliche Mehrheit nahm indessen den Gesetzentwurf fast unverändert an und lehnte auch alle Anträge der Sozialdemokratie ab, die dahin zielten, für den angeklagten Arzt die Garantie einer wirklich unparteiischen Gerechtigkeit zu schaffen.

Situation von Woche zu Woche, ja von Tag zu Tag verschlechtert. Nachdem der Spruch des sozialistischen Parteitages gegen die Koalition gefallen ist, hat sich Briand seine Mehrheit immer mehr nach rechts gesucht. Das war auch unvermeidlich. So erklärt sich auch seine zweideutige Haltung gegenüber dem Finanzprojekt der Linken. Er selbst hält sich zurück, aber er läßt den Finanzminister Doumer teils passive, teils sogar Resistenz gegen diesen Entwurf üben, läßt einige Minister, darunter den ehemaligen Kommunisten und Freund Caillaux, Laval, hinter den Kulissen gegen die Linke intrigieren. Er denkt sich wohl: Wozu soll ich mich mit einem Projekt der Linksparteien solidarisch erklären und mich einer wahrscheinlichen Niederlage im Senat aussetzen, nachdem die Sozialisten ihre feste Mitarbeit an der Regierung endgültig abgelehnt haben?

Und so geht das Karriell der Linken seinem baldigen und sicheren Ende entgegen. Die Beratungen der Kammer vollziehen sich in einem Zustand der völligen Konfusion. Die unglaublichesten Vorschläge, die faulsten Kompromißformeln werden mitten in der Debatte eingebracht und ohne Kommissionsberatung blindlings angenommen, zum Teil aber gleich wieder umgestoßen; die niedrigste Demagogie tobt sich aus, ohne daß man den Mut hat, ihr entgegenzutreten. Man hat völlig die Nerven verloren. Jeder handelt auf eigene Faust, nach eigenem Gutdünken; sogar in der sozialistischen Fraktion kommen Fälle von Undisziplin vor, die ungerügt bleiben. Die im Vergleich zum Reichstag lebendigere Art des Palais Bourbon, die gewiß auch ihre Vorteile hat und der Tradition und dem Charakter des französischen Volkes sicherlich mehr entspricht als der etwas allzu genau geregelte, monotone Gang des deutschen Parlamentarismus, ist plötzlich zu einer ungeheuren Gefahr geworden. Denn das parlamentarische System ist seit einigen Wochen plötzlich in Mißkredit geraten wie noch nie. Das Gefühl, daß das Parlament nicht fähig ist, der Finanzalamität zu steuern, breitet sich aus. Es äußert sich nicht nur, wie in früheren, ähnlichen Fällen, in allgemeiner Gleichgültigkeit, sondern bereits in Spott und Abneigung. Die reaktionäre Presse schürt diese Unzufriedenheit mit allen Kräften, obwohl die Abgeordneten der Rechten mindestens ebenso sehr an diesen jämmerlichen Verhältnissen schuld sind. Auch in Frankreich erntet jetzt immer häufiger und lauter der Ruf nach einem „starken Mann“.

Unter diesen Umständen dürften wohl diejenigen Genossen — so wie jetzt die Dinge liegen — schon recht haben, die erklären, die Partei müsse im Hinblick auf die nächsten Parlamentswahlen (die vielleicht infolge einer Kammerauflösung schon vor 1928 stattfinden könnten) so schnell wie möglich mit dem Linkspartei endgültig Schluss machen und in die Opposition gehen. Der gegenwärtige Schwebestand — weder Regierungspolitik noch Opposition — ist in der Tat auf die Dauer auch für sie gefährlich und unhaltbar!

„Landsberg geht um!“

Dunkle Pläne der „Vorwärts“-Stampfer u. Co. — Aber die „rote Fahne“ zerreiht sie.

Das ist eine schöne Geschichte, die uns heute die „rote Fahne“ enthält. Die „rechten SPD-Führer“ waren schon drauf und dran, den Fürsten zu ihrem Milliardenraub zu verhelfen. Die „rechten SPD-Führer“ denken bekanntlich an gar nichts anderes, als daran, wie sie den Fürsten ihre Milliarden retten können.

Ja, aber wenn die „rote Fahne“ nicht wäre! Die sieht alles, der entgeht nichts, die kennt jeden geheimen Gedanken der „rechten SPD-Führer“ und besorgt es ihnen gründlich. Man lese nur:

Soll es jetzt einer Gruppe verbürgerlichter sozialdemokratischer Führer gelingen, die gemeinsame Front doch zu zerbrechen, den Fürsten zu ihrem Milliardenraub zu verhelfen?

Die Massen des wertvollen Volkes werden diesen Verrat nicht

zulassen! Wir haben die feste Zuversicht, daß auch dieser Vorstoß Landsbergs und seiner Hintermänner von den sozialdemokratischen Arbeitern im Keime erstickt werden wird. Die Abwehr der frechen Vorkämpfer der Fürstentumsknechte wird die wertvollen Massen immer fester zusammenschließen, wird ihren eisernen Willen stärken.

Und in einem anderen Artikel:

Aufgepaßt auf die offenen Saboteure der mächtigen Volksbewegung, auf ihre heimlichen Hintermänner, die „Vorwärts“-Stampfer und Co. Verräter sind am Werke, die Volksbewegung gegen die Fürsten zu zerlegen, das Wort, das auch der Arbeiterklasse verpflichtet, zugunsten der Fürsten und Fürstentumsknechte zu brechen, eure proletarische Ehre den Fürstentumsknechten zu verhandeln.

Landsberg geht um. (Entschlich! Red. d. „V.“) Soll Landsberg, ungeführt von den Arbeitermassen, sein Komplott für die Fürsten zu Ende führen dürfen?

Ruf zum Gegenstoß gegen Landsberg!

Worin besteht Landsbergs gräßlicher Verrat? Genosse Landsberg hat in der Ausschußdebatte das Kompromiß der Regierungsparteien scharf kritisiert. Er hat ihm gegenüber den alten sozialdemokratischen, von den Demokraten wieder ausgenommenen Antrag, die Auseinandersetzung mit den Fürsten unter Ausschluß des Rechtswegs durch die Landesgesetzgebung zu regeln, als besser bezeichnet. Und er hat dazu bemerkt, nach seiner persönlichen Auffassung könnte dann der Volksentscheid statt einheitlich im ganzen Reich eventuell ländersweise vorgenommen werden.

Und worin besteht der Verrat der „Vorwärts“-Stampfer u. Co.? Sie hatten diese gelegentliche Anmerkung Landsbergs nicht bemerkt und über sie gar nicht berichtet! Damit ist bewiesen, daß sie mit Landsberg im Komplott sind!

„Das ist das Komplott der „rechten SPD-Führer“, das die „rote Fahne“ in sechs Spalten enthüllt. Tatsächlich besteht in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion volle Uebereinstimmung darüber, daß man auch im Reichstag herausholen muß, was herausholen ist, bevor die letzte Entscheidung durch die Volksabstimmung fällt. Und jeder, der kein Brett vor dem Kopf hat, wird diese Taktik für richtig halten.

Die „rote Fahne“ sollte sich bemühen, es etwas weniger dumm anzustellen. So wie sie es macht, muß doch jedes Kind erkennen, daß ihr die Frage der Fürstentumsknechte ganz gleichgültig ist und daß es ihr nur auf den Krakeel mit der Sozialdemokratie ankommt. Und vor allem: sie sollte etwas weniger schreien, sie könnte sich sonst einen Bruch zuziehen.

Landbändler-Politik.

„Wer intensiviert, begeht Selbstmord.“

In der „Deutschen Tageszeitung“, dem Organ des Agrarierbundes, findet sich ein sehr ausführlicher Bericht über die Tagung des Bundes der Landwirte im sogenannten Fürstentum Lübeck, einer in Holstein gelegenen kleinen Provinz des Freistaates Oldenburg.

Die Tagung erhält ihr Gepräge durch die Namen der Redner, die sie beherrschen. Da ist zunächst der Vorkämpfer, Herr v. Levetzow, dann Graf Kalkreuth, ferner die Gräfin Hilow, der Graf Kielmannsegg und schließlich der — Erbgroßherzog (soll heißen a. D.) Nikolaus von Oldenburg, der in dieser Provinz seines Heimatstaates jetzt als Gutsbesitzer sich zur Ruhe gesetzt hat.

Der von Levetzow erhob Protest gegen das geplante Reichsbodengesetz, das nach seiner Meinung das Eigentum in Stadt und Land aufs äußerste gefährdet und der Reichsverfassung widerspreche, die das Eigentum gewährleiste. Das Privateigentum der Großagrarien steht ihm augenscheinlich so hoch im Werte, daß darüber die Interessen des Gesamtvolkes ruhig in die Brüche gehen dürfen!

Graf Kalkreuth, Präsident des Reichslandbundes, hielt eine

politische Rede, die nach mancher Richtung interessant ist. Es leistete sich z. B. folgenden Witz:

Wir erkennen jetzt, wie recht jener Amerikaner hatte, der sagte: Ich verstehe gar nicht, daß das deutsche Volk eine Republik macht, das kann es ja nicht bezahlen. (Weiterlekt.) Wir haben nun eine ganze Menge Republiken und Republiken gemacht und können keine bezahlen. (Sehr richtig.)

In Gegenwart des „Erbgroßherzogs“ hat Graf Kalkreuth es begreiflicherweise unterlassen, auf die unerschämten Forderungen hinzuweisen, die die abgesetzten Landesfürsten und ihre Märessen an die Republik und die Republikaner erheben. Aber ehrlicherweise hätte er doch daran erinnern müssen, daß der ganze Stab von 22 Monarchen mit ihrem Anhang früher Millionen über Millionen gestofen hat, daß der preussische König alljährlich über 20 Millionen Goldmark als „Zielfliste“ bezog! Und das, wenn heute das Volk seine Lasten nicht mehr tragen kann, der von den Fürsten angezettelte Weltkrieg daran schuld trägt. Aber auch das war in Gegenwart des „Erbgroßherzogs“ zu sagen sicher peinlich!

Kalkreuth gab aber auch den Landwirten einen sehr praktischen Wink. Er erklärte nämlich:

Im vergangenen Jahre haben wir gesagt: intensiviert soviel wie möglich. Heute müssen wir leider sagen, wer intensiviert, betreibt Selbstmord. (Sehr richtig!)

Das heißt mit anderen Worten: Betreibt eure Wirtschaft nicht so, daß ihr möglichst viel Produkte für die Ernährung des deutschen Volkes auf den Markt bringen könnt, sondern treibt Ernährungssabotage, bis eure Wünsche erfüllt werden!

Das ist die Politik des Reichslandbundes, dessen Präsident Graf Kalkreuth ist!

Ein „Deutscher Tag“.

Unterstellungen im „Werwolf“.

Die „S. J. am Mittag“ berichtet über Unterstellungen in der völkischen Bewegung. Die Vorgänge haben sich in Freiberg (Sachsen) abgespielt. Ein von der dortigen Ortsgruppe veranstalteter „Deutscher Tag“ hatte mit einem völkischen moralischen und finanziellen Mißerfolg gendel und insbesondere den Gastwirten der Stadt, die sich zur Versorgung des angekündigten Massenbesuchs mit großen Vorräten eingebett hatten, schwere Verluste gebracht.

Angeblickt um die hohen Schulden der Organisationsleitung zu bedenken, wurde in den rechtsstehenden Kreisen daraufhin eine Listenammlung veranstaltet. In Wirklichkeit jedoch flossen die eingehenden Gelder in die Taschen der sammelnden Werwölfe.

Als dies ruchbar wurde, erfolgte ein Polizeiverbot der Sammlungen und eine Anklage gegen die Sammler. In der vor dem Landgericht nunmehr durchgeführten Hauptverhandlung wurde der am stärksten belastete Werwolfmann, ein wie sich jetzt herausstellte, bereits mehrfach verurteilter Mensch namens Bücher, zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis verurteilt, während ein weiterer Angeklagter Hofmann acht Monate Gefängnis erhielt, und ein dritter namens Über mit drei Tagen davonkam. Die Freiburger Ortsgruppe als solche ist der Auflösung verfallen.

Auch bei der Sammlung von Ruhrhilfsgeldern durch die Deutschvölkische Freiheitspartei in Berlin im Jahre 1923 scheint nicht alles gestimmt zu haben. Der damalige Bureauangestellte der Partei, Feigl, ist zu folgenden eiblichen Befundungen bereit:

Die Partei sammelte damals unter ihren Anhängern Gelder für die Ruhrhilfe teilweise auf das Postcheckkonto, dessen Inhaber der Parteilchmeister Puhlmann war, teilweise auf ein Bankkonto, das der Abg. Wulle bei einer Bank in der Wahrenstraße besaß. Feigl hat wiederholt Ruhrhilfsgelder von diesen Konten abheben müssen und ist bereit, zu bekunden, daß diese Beträge für Gehaltszahlungen an Parteibeamte, für Bezahlung von Plakat- und Werbekosten usw. statt für die Ruhrhilfe verwendet wurden.

Der Abgeordnete Wulle wird nicht umhin können, sich zu diesen ganz konkreten Angaben zu äußern.

Hohenzollerndank.

Der Freiherr vom Stein, einer der tüchtigsten Staatsmänner des alten Preußen, war von Friedrich Wilhelm III. als ein „widerspenstiger, trögiger, hatinädiger und ungehorsamer Staatsdiener“ entlassen worden. Stein hatte vergebens die Aufhebung des „Geheimen Kabinettrats“ gefordert, durch den die Hofamantilla den König beherrschte. Nach wenigen Monaten war der König gezwungen, den trögigen Staatsdiener wieder zu berufen. Preußen lag vernichtet am Boden; der Frieden von Tilsit war geschlossen, Preußen fast um die Hälfte verkleinert. Stein sollte helfen, die Reorganisation des Staates vorzunehmen, den Wiederaufbau zu vollführen. Er kam. Aber der willensstarke Mann ist dem schwächlichen, stets schwankenden König immer unbehaglich gewesen. Und auch die staatsrechtlichen Junker haben dem Schöpfer der Städteordnung, die den Städten zum Teil ihre frühere Selbständigkeit wiederbrachte, und dem Bauernbesitzer nie verzeihen können.

Im Jahre 1812, als das Schicksal Napoleons sich wendete, seine Heere im Innern Rußlands aufgerieben wurden, war Stein zum Kaiser von Rußland geeilt, um ihn zu einem Bündnis mit Preußen gegen Napoleon zu bewegen. Sodann machte er, trotzdem er stark an Bogdara litt, die weite Reise nach Breslau, wohin der König sich in Sicherheit gebracht hatte. Denn dieser mußte zu jedem Schritt förmlich gezwungen werden. Nur der starke Wille eines Stein war imstande, den König zu Entschlüssen zu bewegen. Wie schon so oft, deutete sich schließlich der schwankende König auch diesmal dem gewaltigen Willen dieses Mannes und ging auf das von Kaiser Alexander angebotene Bündnis ein.

Zu danken war dies dem geschickten und energischen Handeln des Freiherrn vom Stein. Wie aber dankte ihm der preußische König?

Er war höchst unwillig über die Entschiedenheit, mit der sein Minister die Einwilligung zum russisch-preußischen Bündnis von ihm forderte. Er gab dem Manne, dem er so viel verdankte, nicht einmal eine Wohnung im Schloß. Er überließ es ihm, sich eine Wohnung im Gasthof zu suchen. Selbst in diesem geschicklich für das ganze Volk so bedeutsamen Augenblick verließ ihn die kleinliche Geschäftlichkeit nicht. Nur durch die Hilfe eines Majors v. Lützow erhielt nach langem Suchen — denn die Geschäfte waren überfüllt — der mächtige Minister ein kleines Dachstübchen im Gasthof „Zum Szepter“. Der Feldmarschall Kalkreuth, sein alter Feind, der Gegner jeder preußischen Volkserhebung, benutzte dem französischen Gesandten, daß Stein, der unermüdete Agitator, im „Szepter“ wohne. Sofort umgaben französische Kaufhändler das Haus, um zu probieren, wer den gefährlichen Mann besuchen würde. Scharnhorst, Boyen und andere, als Franzosenfeinde bekannte Männer, kamen im Abenddunkel nach dem Gasthofe, die Holstentür aber blieben aus. Der ängstliche König hatte ihnen jede Verbindung mit Stein verboten. Selbst als wenige Tage nachher der Retter Preußens aus tieferer Ker an einem Nervenleider erkrankte und einige Stunden in Lebensgefahr schwebte, blieb er doch einsam in seiner Dachstube.

Erst am 15. März 1813 der Kaiser Alexander in Breslau eingog, sofort zu Stein eilt und sich mit ihm einige Stunden über

das Schicksal Europas beriet, änderte sich das Verhalten des Hofes. Jetzt mußte der König und seine Hoffstrangen dem Ratgeber Alexanders die gebührende Aufmerksamkeit schenken.

Steins Bemühungen, Deutschland zu einem unter österreichischer Kaiserkrone, seine Absichten, einen deutschen Reichstag mit freiem Wahlrecht zu bilden, scheiterten. Den in Wien auf dem Kongress versammelten Fürsten kam es nur darauf an, ihre Dynastien zu erhalten, ihre Hausmacht zu erweitern. Auch die kleinsten Drobefürsten wollten ihre Souveränität aufrechterhalten. Des Volkes Wohl kümmerte sie nicht.

Und so zog sich Stein, der Preußen gerettet, ins Privatleben zurück.

Der Dank vom Hause Hohenzollern. H. Pöschel.

Großstadtgewissen.

Winterabend ist's. Kalt ist die Luft, klar der Himmel, an dem vereinigt ein paar Sternlein glühen. — Kein Windhauch regt sich, überall traumhafte Stille. — Nur von fern ein dumpfes Geräusch von Räderrollen.

Ist das Abendfrieden? — Oder ist es das Schweigen der Nacht, das in Wahrheit viel lauter spricht als der Tag. — Was der Tag mit all seiner Hast, seinem Lärm überdient, das läßt die Nacht nicht mehr ruhn. — Ganz leise, unmerklich fast, kam sie heran, schob die letzten hellen Wölckchen beiseite und steht nun dunkel, abedimmvoll, fragend vor uns. — Mühsam verdrängt sie Bilder des Tages steigen herauf, wachsen zu unerbittlicher Größe und fordern das Recht, eingeordnet zu werden.

Irgendwo taucht ein blaßes Kindertöpfchen auf, das am Tag seine Hände zu uns hob, bittend um Geld, um ein Stückchen Brot. — Wir hatten keine Zeit, ihm etwas zu geben. — Ein altes, blindes Mütterchen gesteht sich jetzt hinzu, hockend auf den eisernen Steinen. „Streichhölzchen gefällig“, murmelt der eingefallene Mund. — Wo haben wir sie? — Welleidlich in der Potsdamer Straße unter heißem Vampenschein. —

Wir sind irgendwo im Bureau, Kaufhaus, in einer Wertstatt angestellt. — Das Gesicht einer vergrämten, kinderreichen Mutter kommt uns wieder ins Gedächtnis. Ihr war der Stoff für die Kinderleiber, für Schuhe zu teuer. Was sagte sie noch? „Mein Mann ist seit Wochen arbeitslos und domt 6 Kinder, der Stoff und die Schuhe sind wirklich zu teuer.“ Ein leichtes Achselzucken; andere Kunden wollen bedient sein. — Dazwischen klingt das Weinen eines Kindes, das einen fünfziger verloren hat, für den es Brot holen sollte. — Wer verhält ihm zu einem neuen Geldstück? —

So reißt sich in unendlicher Fülle Bild an Bild. Klarer, härter formt die Nacht sie.

War wirklich keine Zeit, dem Kinde vom eignen Frühstück ein Stück Brot zu schenken, dem blinden Mütterchen ein Streichhölzchen abzunehmen? —

Warum suchten wir nicht etwas länger nach einem billigeren Stoff für jene kinderreiche Mutter? Und hätte nicht das „Bedauern“ in eine andere Form gebracht werden können? —

So fragt die Nacht und sagt uns für des Tages Tun und Treiben an.

Und wir? Finden wir den Mut, die Kraft, uns zu verteidigen?

Wohl kaum! Uns hat das Großstadtleben mit seiner Hast stumm gemacht. Täglich zeigt es uns dieselben Bilder erbarmungslos wieder, so daß sie wie Schattensbilder flüchtig vorübergleiten.

Ganze noch liegen wir ruhelos. — Ein selbes Weinen hält uns wach. — Ein Weinen um das Weh der Welt. Und wir wissen, daß einzelne es nicht werden ändern können, daß nur der Zusammenschluß einer großen, kämpfenden Masse Befreiung bringen kann.

Revolution im Bodensee? In einer Stelle im Bodensee wird seit längerer Zeit das Emporsteigen schwarzer Schlammfluten beobachtet, die einen gasartigen Geruch haben. Aus Lotungen an dieser auf der Höhe von Langenargen gelegenen Stelle ergibt sich, daß an dieser mit 180 Meter tiefsten Stelle des Bodensees sich noch ein zwanzig Meter tiefer liegendes Loch befindet, aus dem die Schlammfluten herausgeschleudert werden. Man vermutet, daß der See durch dieses Loch die Verbindung mit einem unterirdischen Feuerherde habe, ähnlich den isländischen Geisern. Das Institut für Seeforschung in Langenargen plant in Verbindung mit der Drahtstation in Friedrichshafen und der biologischen Station in Wasserburg eine neue Untersuchung der rätselhaften Vertieftheit.

Madrid ohne Oper. Ein Ausschuh von Baufachverständlichen hat diese Tage nach eingehender Besichtigung des königlichen Opernhauses von Madrid erklärt, daß das Theater unrettbar geschlossen werden müsse, da der bauliche Zustand eine ständige Gefahr bilde. Daraus ist das Gebäude geschlossen worden. Madrid ist somit ohne Oper; niemand weiß, für wie lange. Man will das Gebäude abtragen und auf dem Platz einen großen Park anlegen.

Erkautführungen der Woche. Mont. Kleines Theater: „Ein Spiel von Tod und Liebe.“ — Mittw. Kelling-Zh. „Königliche Suite.“ — Renaissance-Zh. „Sirena magica.“ (10 U.) — Donnerst. Staatsoper: „Die Bohun.“ — Freit. Kammertheater: „Rohrbirn.“ Die Irthümer: „Der entstellte Botan.“ — Samstag. Staatsoper: „Duell am Lib.“ Theater am Balowplatz: „Sturmflut.“

Urania-Vorträge. Mont. Mittw. (7), Donn. Freit. (5): Wunder der Schöpfung. — Mont. (9), Dienst. Mittw. (5), Freit. (7): Wege zu Kraft und Schönheit. — Mittw. (9), Donn. (7), Freit. (9), Sonnab. u. Sonn. (5 u. 9): Die Wunderkabi Rem Hort im Film. — Donn. (9): Die weiße Koble. — Sonnab. (7): Formen des U.S.A. Bildungswelens.

Zum Filmortrag „Neben die Unabgelohren im Steinlohlenbergbau“, der am 16. Februar in der Urania stattfand, werden noch Karten im Gesellschaftsraum des Grubenherbergsamts (Leipziger Str. 3) unentgeltlich abgegeben.

Wilmorer Opernübertragung am Randfunk. Am 15. Februar wird die erste Wilmorer Opernübertragung aus dem Deutschen Nationaltheater auf den Leipziger Mittelwellenfrequenz Sender erfolgen. Es handelt sich um die Oper „Die Weber“, die musikalische Leitung hat Robert Meier Dr. Vogt. Die Übertragung wird in ganz Europa gehört werden.

Gründung einer Kinostadt bei Kiev. Die kaiserliche Kinosverwaltung der Ukraine hat dem Sowjet der Stadt Kiev die Zuteilung eines größeren Geländes erteilt, um dort eine Kinostadt zu gründen. Es ist aber geplant, um diese Arbeit allmählich eine ganze Filmstadt entstehen zu lassen, wie solche in Westeuropa und Amerika bereits existieren. Vermutlich wird der Becort Kanton zu diesem Zweck ausgewählt werden.

Schule Gessler.

Der Leutnant von der Reichswehr.

In Benneckenstein feierte kürzlich der Kriegerverein sein Stiftungsfest. Dazu erschien auch eine Staffeldivision des Inf.-Reg. 12 auf Einladung. Bekanntlich ist es den Reichswehrtruppen verboten, an Veranstaltungen politischer Vereine teilzunehmen, und man hat nach berühmtem Muster das Reichsbanner für „politisch“ erklärt.

Wie ging es aber beim „unpolitischen“ Kriegerverein in Benneckenstein zu? Dort hat der Leutnant Hummel, der Leiter der Staffeldivision des Reichswehr-Infanterieregiments Nr. 12 folgende Szene aufgeführt (nach der Hohensteiner Zeitung):

Herr Leutnant Hummel entbot den alten Veteranen seinen echt militärischen Gruß unter Kelch und Glas. Er schilberte, wie die kleine neue Armee mit aller Kraft unter der Flagge Schwarz-Weiß-Rot mit dem neuen Reichsadler in der Ecke daran arbeite, die Schwach zu tilgen und das deutsche Volk von seinen Blutsaugern zu befreien. Wenn die Stunde der Befreiung schlage, würde das Volk die Armee auf ihrem Platze stehend finden. Seine kernige Rede klang aus in ein Hurra für das Vaterland.

Nach der Reichsoberfassung soll in der Schule im Geiste der Völkerverständigung und Völkerverständigung unterrichtet werden. Damit hat man den Willen Deutschlands, künftig in Frieden zu leben, an hervorragender Stelle zum Ausdruck gebracht. Was sagen Sie zu der Rede des republikanischen Offiziers in Benneckenstein, Herr Reichswehrminister?

Die Wohnungsnot in Rußland.

Geständnisse der „Prawda“.

Die deutschen Kommunisten können sich bei ihrer Agitation in Uebertreibungen gegen die deutschen Verhältnisse gar nicht genug tun. Jede Bezugnahme auf Rußland pflegen sie dadurch zu erledigen, daß sie von „menschewistischen Lügen“ reden. Da die „Prawda“ vorläufig noch kein menschenwürdiges Lügenblatt, sondern ein kommunistisches Parteiorgan ist, so beziehen wir uns vorsichtshalber auf sie. In ihrer Nummer 19 vom 24. Januar findet sich ein Bericht über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung. In diesem Bericht heißt es wörtlich:

„Der Volkskommissar für innere Angelegenheiten, Genosse Beloborodoff, teilte mit, daß die Hauptmomente, die für die augenblickliche Lage charakteristisch seien, folgende sind: ein ungeheures Defizit an Wohnraum, fortschreitende Zerstörung der Häuser und endlich eine nur schwache Vorkriegslage.“

Die festgelegte sanitäre Mindestnorm von 16 Quadratmeter ist (8 Quadratmeter) ist zurzeit in einer ganzen Reihe von Bezirken ein unerreichbares Ideal. Es gibt Fälle, in denen der Wohnraum eines einzelnen Arbeiters auf vier bis fünf Quadratmeter (also 2 bis 2½ Quadratmeter) heruntergeht. So ist die wirkliche Lage in der Wohnungsfrage.

Diese Wohnungsnot wird dadurch vertieft, daß wir eine fortschreitende Zerstörung der Häuser haben. In Luga haben wir nur 18 Proz. aller Häuser, die keine Reparaturen erfordern. Im Ural sind 7 Proz. der Häuser vollständig zerstört und infolgedessen für die Besetzung ungeeignet, und 80 Proz. erfordern eine grundlegende und laufende Reparatur. Diese Lage ist das Resultat unserer falschen Politik auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft.

Als die wichtigste Frage der Wohnungspolitik sieht der Genosse Beloborodoff die Frage der Miete. Das Volkskommissariat für Inneres verfügt zurzeit über ein sehr großes Material, das aus der Bearbeitung einer Wohnungsnotnote in der Provinz gewonnen ist. Dieses Material beweist vor allen Dingen, daß die im Sommer vorgenommene Erhöhung der Miete keine wesentliche Besserung in der Hausbewirtschaftung herbeigeführt hat. Während im März (vor der Mieterhöhung) ein Quadratmeter (1 Quadratmeter sind 9 Quadratmeter, also 4¼ Quadratmeter, Red. d. B.) durchschnittlich mit 44½ Kopfen bezahlt wurde, kostete er im September nach der Mieterhöhung etwa 60 Kopfen. Weder die erste noch die zweite Zahl entspricht bei weitem nicht den Selbstkosten, die sich auf zwei Rubel und mehr belaufen.

Ferner charakterisiert Genosse Beloborodoff die Frage des Wohnungsneubaus. Er erklärt, daß wenn wir bei dem jetzigen Tempo des Neubaus bleiben, wir nicht imstande sein werden, den vorhandenen Wohnraum zu vergrößern. Aus diesem Grunde müsse die Frage des Tempos der Neubautätigkeit geprüft, aber gleichzeitig damit auch eine Feststellung unserer Baumaterialien vorgenommen werden, da der Wohnungsneubau wegen Mangel an Baumaterialien zum Stillstand kommen könne.

Den einzigen Ausweg aus der so entstandenen Situation sieht der Genosse Beloborodoff in einer Erhöhung der Wohnungsmiete in einem solchen Ausmaß, daß sie die Selbstkosten decken würde. Er ist der Meinung, daß der Rat der Volkskommissare keine Wohnungspolitik grundlegend ändern muß, daß man auf das Prinzip der Wohlfühlpolitik verzichten und zum Prinzip der Wirtschaftlichkeit übergehen muß (kapitalistische Rentabilität — d. R.), wie das auf allen anderen Gebieten unserer Wirtschaft bereits geschehen ist.

Nach einer längeren Debatte beschloß der Rat der Volkskommissare eine Reihe von Maßnahmen, die die Vernichtung des Kapitals an Wohnraum zum Stillstand bringen sollen. Um die Einschränkung des vorhandenen Fonds an Wohnraum zu verhindern, beschloß der Rat der Volkskommissare in Anerkennung der Notwendigkeit, einen defizitären Zustand bei der Bewirtschaftung der Häuser zu erreichen, eine Neuverteilung (des Erhöhen) der Miete. Diese Miete soll freilich ihre klassenmäßige Grundlage noch behalten. Für die Arbeiter und Angehörigen der niedrig bezahlten Kategorien soll die Wohnungsmiete zurzeit sich aufbauen auf den Kosten für die Unterhaltung und Erneuerung der Wohnung, für die höher bezahlten Kategorien soll sie eine Amortisation und Vergütung für das aufgewandte Baukapital ermöglichen.

Dieser Bericht, der sich im übrigen wohl hütet, die furchtbare Lage auf dem russischen Wohnungsmarkt anschaulich zu schildern, spricht doch in mehr als einer Beziehung Bände. Schritt für Schritt wird der utopische Weg verlassen. Es ist klar, daß der Rat der Volkskommissare bei seinen jetzigen Maßnahmen nicht bleiben wird. Um nur zu einigermaßen erträglichen Zuständen zu kommen, bedarf die russische Regierung heroischer Leistungen. Sie wird die dazu nötigen Mittel nur aus weiteren Steigerungen der Miete entnehmen können. Jedenfalls haben die deutschen Kommunisten nicht die geringste Veranlassung, sich über die Schwierigkeiten in anderen Ländern zu beschweren. In Wien, wo die Sozialdemokraten die Gegend beherrschen, hat man von Anfang an eine Politik betrieben, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht, ohne die besonderen Interessen der Arbeiterschaft außer Acht zu lassen. Mit Hilfe der gestaffelten Wohnungssteuer sind Tausende und aber Tausende von Wohnungen entstanden, lange ehe man in Rußland auch nur daran dachte, Hand anzulegen.

Der türkisch-russische Vertrag ratifiziert. Nach einer Meldung aus Ankara hat die türkische Nationalversammlung einstimmig die Ratifizierung des am 17. Dezember 1925 in Paris abgeschlossenen türkisch-russischen Vertrages beschlossen.

Amerika bereitet die Abrüstungskonferenz vor. Der amerikanische Gesandte in Bern, Gibson, fährt zu Besprechungen über die Abrüstungskonferenz nach Washington.

Tatlose Jugend.

Das Thema der erwerbslosen Jugend ist seit längerer Zeit im „Vorwärts“ eine ausschließliche Darstellung. Die folgenden Zeilen, von einem guten Kenner der Verhältnisse stammend, mögen die Ergänzung bilden.

Manch ein „wirtschaftlich veranlagter“ Mensch mag denken, daß die für die Pflege der erwerbslosen Berliner Jugend von der Stadt Berlin ausgeworfenen 150 000 M. besser verbraucht würden, wenn statt der Veranstaltungen, wie Wanderungen, Spiel und Sport, Führungen u. dgl., diese Summe in bar den jungen Leuten und damit den Familien gegeben wäre. Manche Mutter mag sich das für ihren Jungen bei einer Wanderung aus diesem Fonds verordnete Geld in ihre Brieftasche wünschen, um damit die allgemeine Kasse zu stärken. Und doch, wenn man die Lage unserer Jugend betrachtet, sieht man, wie notwendig dieser Schritt der Fürsorge war.

Lagen und liegen doch bisher die erwerbslosen Jugendlichen den ganzen Tag auf der Straße, ohne zu wissen, was sie eigentlich anfangen sollen. Frühmorgens gehen sie zum Arbeitsnachweis, froh, wenigstens einige Stunden beim Kartenpiel mit ihren Jugendgenossen zusammen sein zu können. Oder man kann sich doch wenigstens einen Schlag erzählen. Vielleicht erbt man auch eine Zigarette, wenn man nicht selbst in der Lage ist, den anderen davon abgeben zu müssen. Die Zigarette ist die Hauptbeschäftigung. Die Arbeitslosigkeit macht den Jugendlichen zum Kettenraucher. Die paar Pfennige dafür hat man fast immer, und wenn man die schlechteste nimmt und dabei hungern muß. Hat man so bis 10 Uhr die Zeit mit Zigarettenrauchen, Kartenspielen und im Innern mit der leisen Hoffnung auf Arbeit verbracht, so wird man, in dieser Hoffnung getäuscht, auf die Straße geschickt, oder besser gesagt, man wurde es; denn seit Ende voriger Woche weiß man ja, daß man dort nicht sitzen bleibt, sondern schon wo anders unterkommt. Nach Hause kann man nicht; denn da ist man — in den seltensten Fällen — allein und langweilt sich, oder die ganze Bude ist voll, und man hat auch da keine rechte Lust. Und wenn man so vierzehn, fünfzehn ist und hat schon mal Geld verdient, so will man sich auch nicht den ganzen Tag Muttters Klagen und Schelten anhören. So geht man also jetzt auf den Sportplatz oder ins Jugendheim, oder aber man hat sich schon vor dem allgemeinen „Mauschmiß“ einem Fürsorger des Jugendamtes angeschlossen, der vielleicht jetzt schon samt den Jungs im Hallenbad herumschwimmt oder schlittschuhlaufenderweise die Beine bewegt, so er nicht etwa im Zoo den Unterschied zwischen Reisch und Affen oder im Aqua den zwischen einer Wanze und einer Schildkröte beweist (da man alle beide dort betrachten kann!). Sollte man sich jedoch schon in früher Morgenstunde am Bahnhof zu einer Fahrt nach dem bekannten „Außerhalb“ getroffen haben, so schlägt man jetzt auf irgendeinem Waldplatz eine gute Kelle; denn ein Junge ohne Paß ist wie ein Radio ohne Hörer. Und kommt man denn von diesen Beschäftigungen am Abend zurück, dann hat man gerade genug, um geruhig bis zum nächsten Morgen zu schlafen. — „Himmel nach mal! Du mit deiner produktiven Arbeit! Gib ihm doch wasche!“ „Bedröckel!“ Woher die mit einemmal hernehmen für diese Menge — und Schule? Davon hat der junge Mensch im allgemeinen genug, wenigstens von der auch jetzt noch üblichen!

Bei diesen Veranstaltungen lernt er bedeutend mehr, als bei einem theoretischen Unterricht. Hier wird sein Geist und Körper gebildet und gestärkt. Und wer sagt, das hierfür ausgemessene Geld sei hinausgeworfen, ist ein Augenblinder, der nicht bedenkt, daß Geld, zur Ertrüchtigung der Jugend benutzt, sich tausendmal verzinst, indem es geistige und körperliche Kräfte stärkt und vermehrt, die sonst erheblich geschädigt worden wären. Volkstraft ist das kostbarste Gut eines Gemeinwesens und kann durch Geld erhalten, aber nie ersetzt werden. Deshalb ist dieses Hilfswort eine Lot, die ihre Früchte nicht sichtbar tragen, aber desto reicher tragen wird.

Der Brandstetunnel.

Die Neujerung einer „zuständigen Seite“!

Zu dem Eisenbahntunnel im Brandstetunnel bei Oberhof gibt eine „zuständige Seite“ durch B.B. folgendes bekannt:

„Seitens der Reichsbahnverwaltung waren alle erdenklichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden, die bei Bauarbeiten im Tunnel nötig sind. Besonders waren an der Unfallstelle erhöhte Sicherheitsmaßnahmen nötig, da ja im Tunnel bekanntlich starke Rauchentwicklung durch die durchfahrenden Züge entsteht. Die Entlüftung von Tunneln ist stets Sorge der Eisenbahnverwaltung. Nach den Betriebserfahrungen im Oberhofer Tunnel lag keine Veranlassung vor, die bestehende natürliche Lüftung durch künstliche zu unterstützen, da sich bisher keine Anstände bei der Entlüftung ergeben haben. Die angewandten erhöhten Sicherungen bestanden darin, daß Sicherheitsposten an beiden Seiten der Arbeitsstelle aufgestellt waren, die durch Fernsprecher mit den B.-höfen an den Mündungen des Tunnels Oberhof und Gehlberg verbunden waren. Diese Sicherheitsposten hatten die Verpflichtung, das Nähen eines Zuges nach telefonischer Meldung der Abfahrt von der Station durch Hornsignale der Arbeitskolonne bekanntzugeben. Sie mußten zu diesem Zweck so nahe an die Arbeitskolonne herangehen, daß das Hornsignal unbedingt gehört werden mußte.“

Für die Beleuchtung der Arbeitsstelle war durch Scheinwerfer gesorgt. Bei dieser Beleuchtungsart haben sich nach den bisherigen Erfahrungen in Tunneln keine Anstände ergeben. Als weitere verschärfte Sicherheitsmaßregel war von der Reichsbahnverwaltung angeordnet worden, daß bei angekündigtem Nähen eines Zuges beide Gleise verlassen werden mußten. Die Arbeiter sollten sich in die im Tunnel angebrachten Risiken begeben, die durch weiße Farbe gekennzeichnet sind. Das Ueberschreiten eines Gleises dabei war verboten, da das Gleis, aus dem der Arbeitsplatz herangebracht wurde, wechselte. Trotz dieser verschärfte Sicherheitsmaßregeln hat sich das bedauernde Unglück ereignet. Nach den bisherigen Feststellungen sind die Arbeiter nicht in die Risiken getreten, sondern haben den Zug auf einem Gleis erwartet, auf dem dieser herankam. Sofort nach Bekanntwerden des Unglücks ist seitens der Reichsbahnverwaltung alles getan, um den Opfern jede nur mögliche Hilfe zu bringen. Das Verbandszeug der nebenliegenden Stationen war auf schnellstem Wege zur Stelle, ebenso die dort befindlichen Tragbahnen.“

Diese Ausführungen, die wahrscheinlich von der zuständigen Reichsbahndirektion inspiriert wurden, stehen in schroffem Gegensatz zu den auch von uns kürzlich veröffentlichten Mitteilungen. Es muß gefordert werden, daß die Verhältnisse im Brandstetunnel unparteiisch untersucht werden. Es scheint, als ob in dem Tunnel doch vieles im argen liege. Arbeiter, die täglich unter Lebensgefahr schaffen müssen, mögen diese Gefahren unterschätzen. Um so größer ist die Verpflichtung der Leitung, die Möglichkeit der Gefahr auf ein Mindestmaß herabzubringen. Und gerade das scheint hier nicht geschehen zu sein, trotz der teilweise sehr bestimmten Ausführungen der „zuständigen Seite“.

Die Aufgaben des deutschen Judentums.

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens veranstaltete im großen Saal der „Bekleidungs der Freunde“ einen Vortragsabend. Direktor Dr. Ludwig Holländer hielt eine Ansprache, die sich mit den positiven Aufgaben des deutschen Judentums und der Unbilligkeit der systematischen antisemitischen Kränkungen beschäftigte. Eine gewisse demagogische Agitation habe insbesondere erbliche Teile der Jugend zu einem „nationalen Mythos“ erzogen. Ein großer Teil der öffentlichen Unmoral wende sich gegen das Judentum, um die notwendigen Barrieren zu konstruieren. Das Bündnis zwischen Geist und Leben im Kampfe gegen die zerstörenden Einflüsse der Unbilligkeit müsse die Parole der deutschen Juden sein. Dem Redner dankte der starke Beifall der Versammelten. Anschließend sprach Irene Treisch-Palmen, u. a. Deborahs Siegeslied, dessen künstlerisch wichtig (schattierter Vortrag besonders starken Eindruck erzielte, und Hefekt 37, sowie Höflichkeit, Goethe, Klopstock und Schiller. Die Schauspielerinnen erzielte den bürchlichen Dank ihrer aufmerksamen Hörer.

2. Bahnhofsring.

Zur Herstellung unmittelbarer Verbindungen zwischen den Fernbahnhöfen Anhalter, Potsdamer, Stettiner, Schleißer und Görtzger Bahnhof wird ab Montag, den 15. Februar, eine neue Linie unter der Bezeichnung „Bahnhofsring“ eingerichtet. Die Wagen verkehren vom Anhalter Bahnhof über Königgräber Straße (Potsdamer Bahnhof), Friedrich-Ebert-Straße, Brandenburger Tor, Dorotheenstraße, Quilfenstraße, Neues Tor, Invalidenstrasse (Stettiner Bahnhof), Brunnensstraße, Rosenhalders Platz, Polbringer Straße, Prenzlauer Allee, Prenzlauer Berg, Königstor, Friedenstraße, Strausberger Straße, Große Frankfurter Straße, Andreasstraße (Schleißer Bahnhof), Engelauer, Köpenicker Straße, Adalbertstraße, Waldemarstraße, Kaufinger Platz, Wiener Straße bis Görtzger Bahnhof. Der Betrieb erfolgt in Abständen von 15 Minuten ab Anhalter Bahnhof von 5.55 bis 11.40 (Sonntags von 8.10 bis 11.40), ab Görtzger Bahnhof zu denselben Zeiten.

Doppelter Kindesmord?

Ein mutmaßlicher doppelter Kindesmord beschäftigt die Kriminalpolizei. An der Agutabridge wurde gestern von dem Brückenwärter ein mehrfach verschärftes Paket aus braunem Packpapier aus dem Landwehrkanal gefischt. Man öffnete es und fand darin die Leiche eines neugeborenen Kindes. Man brachte es nach dem Schoupaufe. Hier erwiderte man unter der ersten noch eine zweite Kindesleiche. Die beiden waren mit einer Schnur zusammengebunden. Das Paket war dann mit Steinen beschwert und in der Hülle von Packpapier ins Wasser geworfen worden. Ob die beiden Neugeborenen eines gemaltem Todes gestorben sind, wird erst die Obduktion feststellen können. Die Ermittlungen nach der Mutter wurden sofort eingeleitet.

Schwere Betriebsunfälle. Der in der Zuteilpinnerie in Kl.-Stralau beschäftigte 40jährige Arbeiter Georg Lehmann aus Lichtenberg, Blumenthalstraße 14, geriet heute vormittag mit dem linken Arm so unglücklich in die Maschine, daß er zerquetscht wurde. In demütigtem Zustand wurde er in das Kummelsburger Krankenhaus eingeliefert. Ein weiterer schwerer Unfall ereignete sich in der Frankfurter Allee 281. Hier fiel dem 48 Jahre alten Arbeiter Hermann Heise, der bei der Firma Lange und Gutzeit beschäftigt ist, eine zentnerschwere Eisenkette auf beide Füße. Mit sehr schweren Quetschungen wurde er durch einen Wagon des städtischen Rettungsdienstes in die Unfallklinik Johannistrafte eingeliefert.

Republikanischer Vortragsabend im Herrenhaus. Am Montag, dem 15. d., abends 8 Uhr, veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Plenarsaal des Preussischen Staatsrates, Leipziger Str. 3 (Herrenhaus), einen Vortragsabend, bei dem Reichstagsabgeordneter Friedrich von Nitschoten zu dem Thema: „Die deutsche Republik spricht“ Vortragsabende hielt. Die Ausführungen zur Frage: „Der Arbeiter und die Republik“ waren. Einen besonderen Charakter merkten die Regierungen, die Martin Wolfgang vom Staatsratelator bringen wird, dem Abend geben. Eintrittskarten sind im Gauzureau, Seebahnstr. 37-38, erhältlich.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Jan.-sozialistengruppe Neutilla 2. Treffpunkt zur Fahrt nach Strausberg am Sonntag, 14., vormittags 7 Uhr, Ringbahnhof Neutilla.

Sport.

Der gestrige Boxgroßkampfstag.

Zu dem bereits in der heutigen Morgenausgabe veröffentlichten Bericht über den Boxgroßkampfstag in der Arena am Kaiserdamm geben wir noch folgende Einzelheiten: Lange vor Beginn des ersten Kampfes war die riesige Arena fast bis auf den letzten Platz gefüllt. Vor der Halle das übliche Treiben. Lange Automobilschlangen, Hunderte von Sportbegeisterten, die natürlich ohne Karten Einlaß begehrten, aber von der doppelten Schupotte zurückgehalten werden. Allgemein wird die Meinung vertreten, daß Paulino einen 2. o. Sieg erringen wird.

Pünktlich nahmen die Kämpfe ihren Anfang. Als erstes Paar traten im Mittelgewicht Dietmann und Schmehling-Köln die Handschuhe. Dietmann, der in Schmehling auf einen harten Gegner trifft, dort mit viel Pech. Wiederholt gehen linke und rechte Schwinger ins Leere, während Schmehling gut deckt und überaus hart schlägt. Bis zur 6. Runde liegt Schmehling mit einem kleinen Plus vor. In der 8. Runde holt Dietmann mächtig auf und erreicht ein Unentschieden. Als zweites Paar trafen sich die Schwergewichte Ludwig Heilmann und Mehling-Würzburg. Heilmann, von jeher als famoser Techniker bekannt und beliebt, geht ungestüm zum Angriff vor und trifft den schwerwiegenden Mehling dort, wo er ihn treffen will. Er leidet merklich an Luftmangel. In der 5. Runde werfen die Sekundanten Mehlings das Tuch in den Ring, da Mehling infolge des Luftmangels kaum noch fähig ist, seinen Gegner zu gefährden. — Unter größter Spannung liegt dann die Sensation des Abends, der Hauptkampf Diener — Paulino. Diener wird bei seinem Erscheinen stürmisch begrüßt. Kurz darauf erscheint auch Paulino im Ring, während zu gleicher Zeit die Musik die spanische Nationalhymne spielt. Dann ertönt der erste Gongschlag. Diener zeigt sich äußerst beweglich und bis zur 2. Runde verläuft der Kampf abwartend. Auf beiden Seiten ein Fühlen und Abtaufen. In der dritten Runde gehen beide Gegner hart aufeinander los, und Dieners Taktik, mehr auf dem Körper seines Gegners zu landen, fällt auf. Diener deckt Magen und Herz gut ab und schlägt viel aus der Verteidigungsstellung. In der 4. Runde glänzt Diener und treibt Paulino einen Augenblick in die Enge. Aber auch Paulino teilt furchtbare Hiebe aus, die Diener, der sehr leicht über die Bretter geht, nicht zu Fall bringen können. Bemerkenswert ist die Technik Dieners, der fabelhaft abdeckt und nur dann schlägt, wenn er gut und sicher landen kann. Nach 10 Runden trennen sich die Gegner unter ungeheurem Jubel des Publikums unentschieden. Den letzten Kampf bestritten die Schwergewichte Rößemann und Larry Gains-Kanada. Wer hier noch einen klaren Kampf erwartete, wurde enttäuscht. Rößemann zeigte fast nichts und muß sich vor dem ungestüm auf ihn eindringenden Kanadier, der klug und fahngewandt ist, lediglich auf die Defensiv beschränken. Kurz vor Ende der 1. Runde muß Rößemann bis 9 zu Boden. Er kommt sehr schwer über die Runde und nur der Gongschlag rettet ihn. Die 2. Runde verläuft ebenso. In der 3. Runde vollzieht sich dann das Verhängnis. Die Sekundanten Rößemann werfen das Tuch in den Ring. Die Zusammenstellung dieser Gegner war mißglückt, da Rößemann Larry Gains fast keiner Weise gewachsen zeigte.

Eishockeykämpfe.

Die Weltmeisterschaftskämpfe nahmen am Freitagvormittag mit dem Trainingslauf der Teilnehmer ihren Anfang. Abends fanden Eishockeykämpfe statt, die gemessen nach dem Ausfall zu den Weltmeisterschaftskämpfen bilden. Die tschechische Eishockeymannschaft, die gegen den „Berliner Schlittschuhklub“ antrat, traf verspätet in Berlin ein. Der „Sportklub Charlottenburg“ sprang dafür ein. Die Mannschaft des Berliner Schlittschuhklubs war vorzüglich in Form, so daß der Kampf 6:1 für den Berliner Schlittschuhklub endete. Zwischenwuch zeigte die österreichische Weltmeisterin Jaroz Szabo ihre Eiskünste. Dann trat die Eishockey-Kanadier-Mannschaft Paris gegen den „Wiener Eisklubverein“ an. Beide Mannschaften waren überaus gut, und Watson, der stärkste Mann der Wiener, übertraf sich fast selbst. Bis zur Pause erzielten die Pariser drei Tore. Nach der Halbzeit sind die Pariser noch zweimal erfolgreich, während es den Wienern nur gelangt, zwei Tore erfolgreich zu schießen. Mit 5:2 Toren müssen die Wiener geschlagen geben.

Gewerkschaftsbewegung

Übertretung des Berggesetzes. Ein Strafverfahren eingeleitet.

Die Geschäftsleitung des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Bezirk Hamm i. W., erstattete, wie in einer kleinen Anfrage eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ausgeführt wurde, gegen den stellvertretenden Betriebsführer der Zeche Berne, Schacht III, in Rünthe, wegen Übertretung des § 93c des preussischen Berggesetzes beim Obergang in Dortmund im September v. J. Anzeige. Nach § 93c darf für Arbeiter, die an Betriebspunkten mit einer gewöhnlichen Temperatur von mehr als 28 Grad Celsius nicht bloß vorübergehend beschäftigt werden, die Arbeitszeit täglich 6 Stunden nicht übersteigen. Es wurde u. a. gefragt, ob das Obergang in Dortmund auf die Anzeige hin etwas unternommen habe.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst auf Grund der Antwort des preussischen Handelsministers mitteilt, wurden die Beschwerden an Ort und Stelle von dem Bergrevierbeamten durch Vernehmung der Beschuldigten sowie einer großen Anzahl von Zeugen eingehend untersucht. Auf Grund der getroffenen Feststellungen erscheint für einzelne Betriebspunkte der Steigerleihe 5 und 7 der Verdacht einer Zuwiderhandlung gegen § 93c des Berggesetzes begründet. Die Anzeige wurde daher unter Befugung eines Verhandlungsberichts, eines Aktenauszuges und eines Gutachtens dem Oberstaatsanwalt in Dortmund zur Entscheidung über die Einleitung eines Strafverfahrens gegen die verantwortlichen Betriebsführer vorgelegt; das Verfahren schwebt gegenwärtig. Im übrigen findet eine unzulässige lange Arbeitszeit an heißen Punkten auf der Zeche nicht mehr statt; Beschwerden der Belegschaft liegen nicht mehr vor.

Einheitsverband der Eisenbahner.

Generalversammlung der Berliner Ortsgruppe.

In der Jahresversammlung am 11. Februar in den Musterkasseln gab der 1. Bevollmächtigte, Kollege Winkler, den Geschäftsbericht. Der Redner ging auf den Zusammenschluß mit der früheren Reichsgewerkschaft und den Wiedereintritt der FCB-Kollegen in den Einheitsverband ein und konnte erfreuliche Fortschritte in organisatorischer und agitatorischer Beziehung feststellen. Die Auswirkungen der Krise, der Zusammenbruch einer großen Anzahl in der Inflationsperiode aufgekommener unrentablen Geschäftsunternehmungen, machen sich durch einen Verkehrsrückgang auch bei der Reichsbahn bemerkbar.

Winkler erörterte dann die seit Monaten geführte und immer noch nicht abgeschlossene Lohnbewegung, wobei er mit dem Verhalten der Reichsbahnverwaltung scharf abrechnete. Das wahre Gesicht der Gesellschaft kommt darin zum Ausdruck, daß sie jetzt versucht, eine Erhöhung der Ortslohnzulagen vorzuschlagen, natürlich soweit Mittel zur Verfügung stehen und lediglich zu dem Zweck, die Eisenbahner gegenseitig und gegen ihre Organisation auszuspielen.

Mit allen Mitteln verjuche die Verwaltung große Teile der Eisenbahnbeamten von der jetzigen Besoldungsordnung loszulösen. Der Zeitpunkt, auch für die Beamten den Kollektivvertrag einzuführen, rückt immer näher.

Zu dem rigorosen durchgeführten Personalabbau kommt erneut die Schließung der Lokalbahnabteilung Grunewald. Mit aller Macht muß die Lebensgrundlage sichergestellt werden. Der Redner schildert dann die überaus schwierige Arbeit der Ortsverwaltung mit verschiedenen Berufsgruppen. Insbesondere bei der Gruppe der Kriegs- und Unfallbeschädigten, denen man unter Bezugnahme auf § 10 des LTB, das Einkommen kürzte, wurde versucht, die gemachten Lohnkürzungen wieder aufzuheben. Auch den Schreibhilfen mußte man die bittere Wahrheit gesagt werden, betr. Einführung in höhere Lohnklassen und der Einstellung gegenüber der Organisation. Interessant, aber auch charakteristisch für die psychologische Einstellung des AEB, waren die Ausführungen Winklers in bezug auf die Verpachtung der Gepäckaufbewahrung und die damit in Verbindung stehende Personalfrage. Festgestellt wurde, daß der AEB auf diesem Gebiete sich von keinem anderen Arbeitgeber unterscheidet.

Kollege Winkler gedachte noch der verstorbenen Kollegen und derjenigen, die bereits 25 Jahre ununterbrochen für die Arbeiterbewegung gekämpft haben und unserer Organisation angehören.

Der Kassenerbericht, der gedruckt vorlag, wurde von dem Kollegen Jaser ergänzt. Als ein besonders erfreuliches Ergebnis mußte die jetzige Beitragsleistung im Verhältnis zum Mitgliederstand bezeichnet werden. Dieser Befundungsbericht kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß eine nennenswerte Besserung in der Bargeldabfindung eingetreten ist. Die arbeitslosen Kollegen sowie die Pensionäre konnten zu Weihnachten in angemessener Weise unterstützt werden. Für die Agitation wurden ganz enorme Summen ausgeworfen. Vor allen Dingen hat sich

das Betriebsvertrauensmänner- und Kassierersystem

zu aller Zufriedenheit ausgewirkt. Die Einstellung einer weiteren weiblichen Hilfskraft machte sich notwendig und ist durch die Prüfungskommission bereits vollzogen worden. Mit der Ermahnung, alles daran zu setzen, um die Ortsgruppe organisatorisch und agitatorisch sowie finanziell auszubauen, schloß Jaser seinen Bericht.

Die Diskussion bewegte sich mit wenigen Abweichungen im Sinne des Geschäftsberichts.

Unter Bezugnahme auf die Verschleppungstatistik der Verwaltung betr. Nichtanerkennung der Verbindlichkeitsklärung und des provokatorischen Auftretens des Staatssekretärs Stieler wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 11. Februar 1926 tagende vollzählig besetzte Generalversammlung erhebt scharfsten Protest gegen die vom Staatssekretär Stieler in Stuttgart gemachten Ausführungen betr. eigenmächtiger Festsetzung von Löhnen und Gehältern durch die Reichsbahnverwaltung. Die Generalversammlung spricht dieser demagogischen und diktatorischen Handlungsweise Stieler's das Recht ab, zu der Loslösung von der Gehaltsordnung des Reiches das Wort zu nehmen, weil Stieler einer der schärfsten Reparationsgewinnler ist und selbst sehr gut versteht, neben seinem Jahreseinkommen von 60000 Mark noch ansehnliche Nebeneinkünfte einzustreuen, entgegen der hundertfachen Bezüge der Arbeiter und unteren Beamten. Die Generalversammlung legt außerdem energischen Protest gegen den Telegrammbrief der Hauptverwaltung ein, bezüglich der diktatorischen Festsetzung teilweiser Erhöhungen von Ortslohnzulagen auf die alten Löhne. Sie verlangt, daß über die Festsetzung von Ortslohnzulagen nur mit der zuständigen Organisation verhandelt wird. Die Eisenbahner werden aufgefordert, sich dieses erneute Täuschungsmanöver der Verwaltung unter keinen Umständen gefallen zu lassen und nach wie vor bei ihren gerechten Lohn- und Gehaltsforderungen zu beharren.“

In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Als Bevollmächtigte, Carl Winkler, 1. Bevollmächtigte; Rudolf Schubert, Fritz Jaser, Carl Beilschmidt; als Unbevollmächtigte: Albert Zietmann, Fritz Reihner, Otto Johl, Georg Rieg, Friedrich Graf, Karl Schüler, Richard Rüdiger, Bernhard Biele und Albert Schulze.

Jahresversammlung der Gemeindearbeiter.

Festigung, Erfolge, kommunistische Abfuhr.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hatte am Freitag im Gewerkschaftshaus seine Jahresgeneralversammlung. Genosse Bolenski, der den Geschäftsbericht für das vergangene Jahr gab, ging zunächst auf die Wirtschaftskrise und die damit zusammenhängende Arbeitslosigkeit ein. Beschämend für die große Stadt Deutschlands sei es, daß gerade in Berlin so wenig und so spät Erwerbslose zu Kostandsarbeiten herangezogen worden sind. Die Arbeitslosigkeit ist in den Gemeindebetrieben insofern ihrer Eigenart gering. Es sind zurzeit etwa 0,5 Proz. der Gemeindearbeiter erwerbslos.

Bei den 20 Lohnstarifen, die in Berlin Geltung haben, waren die Verhandlungen in vielen Fällen oft überaus schwer. Es ist trotzdem bei allen Lohnstarifen gelungen, die eingetretene Steigerung der Lebenshaltungskosten auszugleichen. Die Löhne waren am Schluss des Berichtsjahres im Durchschnitt 20 bis 25 Prozent höher als im Januar. Nicht erreicht werden konnte die Gewährung einer Wirtschaftsbefehle für die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Trotzdem die Stadtverordnetenversammlung die Gewährung einer Beihilfe zweimal beschlossen hat, lehnte der Magistrat sie jedesmal ab. Dagegen konnten die Bezüge der Ruhegeldempfänger zweimal erhöht werden. Alles in allem könnte man mit dem, was trotz der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Lage erreicht worden ist, zufrieden sein. Wenn die Funktionäre auch in diesem Jahre genau so rüchig sein und für die weitere Stärkung der Organisation sorgen werden, wird es auch möglich, die Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern.

Der Kassierer Zietmann gab darauf einen Überblick auf die Kassenerhältnisse der einzelnen Vierteljahre. Für das letzte Vierteljahr balancieren die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse mit 121 197,52 Mk., der Lokalistenbestand erhöhte sich um 20 244,55 Mk. Der Mitgliederbestand belief sich am Schlusse des Jahres auf 24 267.

Nach einer regen Diskussion, in der die Kommunisten die fälschlichen „Parolen“ mit lautem Wortschwall vertrieben, ohne aber an der Tätigkeit der Ortsverwaltung Kritik üben zu können, wurde eine Entschließung angenommen, die gegen die Ablehnung der Wirtschaftsbefehle durch den Magistrat protestiert.

Es fanden dann die Wahlen zur Ortsverwaltung statt. Die „Opposition“ erhob gegen die Vorkläge der erweiterten Ortsverwaltung Widerspruch. Sie beantragte, die Befehle der Wahlen der unbefohlenen Ortsverwaltung nicht nach der gewerkschaftlichen Loyalität, sondern nach dem Stärkeverhältnis der politischen Richtungen. Bei Ablehnung dieses Antrags sollte eine Urabstimmung darüber entscheiden. Beide Anträge wurden abgelehnt. Die Vorkläge der erweiterten Ortsverwaltung, die nur Mitglieder der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung umfassen, wurden mit erdrückender Mehrheit gegen eine kleine kommunistische Minderheit genehmigt. Die kommunistische Fraktionsführung hatte in Erwartung ihrer Niederlage die Worte der Stimmenthaltung ausgesprochen, woran sich jedoch die meisten „Oppositionellen“ in der Hine des Gefechts nicht hielten. So endete die Versammlung mit einem erfreulichen Ausklang.

Nochmals der Schiedspruch im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, haben die heutigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Verbindlichkeitsklärung des am 3. Februar d. J. gefällten Schiedspruches zu keiner Einigung geführt. Seitens einiger Angestelltenverbände liegt der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des zuletzt gefällten Schiedspruches vor, während Reichs-

verband der Bankleitungen und Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten, natürlich aus entgegengelegten Gesichtspunkten heraus, sich gegen die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen. Es ist also in Bälde mit einer Entscheidung des Arbeitsministeriums zu rechnen.

Bergarbeiterstreik in Polen.

Um den Achtstundentag.

Warschau, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Dombrowaer Kohlenrevier ist am Freitag vormittag ein Bergarbeiterstreik ausgedrochen, an dem bis jetzt 26 000 Bergleute beteiligt sind. An der Spitze der Streikbewegung steht ein Komitee, in dem alle Bergarbeiterorganisationen vertreten sind. In den am gestrigen Nachmittag abgehaltenen Streikerversammlungen wurden Entschließungen angenommen, in denen mit dem Generaistreik gedroht wird, wenn die Industriellen sich nicht entschließen, die Aufhebung des 8 stündigen Arbeitstages rückgängig zu machen. Vorläufig wird versucht, die Bergarbeiterverbände Polnisch-Oberschlesiens zum Eintritt in einen Sympathiestreik zu bewegen. Die Regierung hat bereits eine Vermittlungsaktion eingeleitet, während die Industriellen vorläufig noch ein Entgegenkommen an die Arbeiter ablehnen.

Luxemburgische Eisenbahnerbewegung.

Luxemburg, 13. Februar. (W.B.) Der Luxemburgische Gewerkschaftsbund der Eisenbahnbeamten protestiert gegen die ungenügende Leertungszulage (300 Frank) und fordert den sofortigen Zusammentritt der Kammer, um der unhaltbaren Lage der Luxemburger Eisenbahner ein Ende zu machen. Im Zusammenhang hiermit wird in der Presse scharf dagegen Einspruch erhoben, daß die französische Verwaltung auf den Wilhelm-Luxemburg-Bahnen durch die bedeutend erhöhten Tarife große Gewinne erzielt, von denen sie auch nicht einen Centime den luxemburgischen Eisenbahnern zukommen läßt. Infolgedessen müsse der luxemburgische Haushalt hierfür aufkommen. Die zu diesem Zweck bestimmten Summen würden nach der neuesten Berechnung eine sehr bedeutende Höhe erreichen.

Die Eisenbahnerföderation in Kalkutta hat sich laut Beschluß ihres unangeführten in Madras abgehaltenen Kongresses als neue Mitgliedorganisation bei der Internationalen Transportarbeiterföderation angemeldet.

Theater der Woche.

Vom 14. Februar bis 22. Februar 1926.

Vollhäuser: 14. 15. 17. 18. 19. Der Kaufmann von Venedig. 16. Jubel. 20. 21. 22. Sturm. 23. Opern. 24. Carmen. 25. Madame Butterfly. 26. Der Hiesige Holländer. 27. Die Traviata. 28. 29. Boris Godunow. 30. Nicolas Bach. 31. Hermanns Erbkinder. 32. Woyzeck. — **Schauspielhaus:** 14. 17. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Opern:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Schauspielhaus:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Opern:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Schauspielhaus:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Opern:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Schauspielhaus:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Opern:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Schauspielhaus:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Opern:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Schauspielhaus:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Opern:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Schauspielhaus:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Opern:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Schauspielhaus:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Opern:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Schauspielhaus:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Opern:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Schauspielhaus:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Opern:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Schauspielhaus:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Opern:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — **Schauspielhaus:** 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 8